

Verantwortungslose Asylpolitik des Bundesrates



Margrit
Neukomm,
Zentralvize-
präsidentin,
Bern

Die Medien berichteten kürzlich, dass die Zahl der Asylgesuche von Januar bis Mai 2017 um 40% zurückgegangen sei, was asylkritische Schweizer eigentlich beruhigen sollte. Doch bald folgte die Meldung, dass in diesen fünf Monaten eine Rekordzahl von Migranten illegal in die Schweiz eingereist war. **Das Grenzwachtkorps griff 11'912 solcher Migranten auf, im Jahr 2015 waren es im gleichen Zeitraum «nur» 7065 Personen.** Die meisten dieser Eingereisten stammten aus Westafrika, aus Ländern wie Guinea, Gambia, Nigeria und der Elfenbeinküste. Als Fluchtgrund gaben alle mangelnde Zukunftsperspektiven in ihren Heimatländern an. **Dies ist jedoch kein anerkannter Asylgrund, sonst könnten Hunderttausende aus sämtlichen wirtschaftsschwachen Ländern Afrikas bei uns einen Asylantrag stellen.** Unser Grenzwach-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

korps sollte daher unbedingt verstärkt werden! Wir wissen nicht, wie viele illegale Migranten den Grenzwachtern entwischt sind und nicht registriert oder zurückgewiesen werden konnten. Sind sie weitergereist nach Deutschland, Frankreich oder Belgien? Oder bleiben sie als Sans-Papiers in der Schweiz und leben versteckt im Untergrund der grösseren Städte? **Dies ist ein stichhaltiges Argument, das Grenzwachtkorps aufzustocken, damit man die Landesgrenzen besser kontrollieren kann. Auch im Hinblick auf die erhöhte Terrorgefahr wäre eine verschärfte Personenkontrolle dringend nötig!**

Dublin-Verfahren wird nicht eingehalten

Jeder Flüchtling soll im ersten Dublin-Staat, den er betritt, das Asylverfahren durchlaufen. Falls er in einem anderen Land ein Asylgesuch einreicht, kann er wieder in das Erstland zurückgeschafft werden. **In den letzten anderthalb Jahren hat die Schweiz für 18'793 Migranten ein Übernahmegesuch an die jeweils zuständigen EU-Staaten gestellt. Bis jetzt wurden jedoch nur 4812 Personen zurückgeführt.** Länder wie Italien, Griechenland und Frankreich tragen als Aussengrenze der EU die Hauptlast der stets wachsenden Migrantenströme. Darum lassen sie viele Neuankömmlinge ohne Registrierung weiterreisen. **Viele EU-Staaten stossen an ihre Grenzen und sind kaum mehr in der Lage, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen.** Besonders die finanzschwächeren osteuropäischen Länder wie Ungarn, Polen, Tsche-



Die Zahl der illegalen Einreisen von Wirtschaftsflüchtlingen aus Afrika hat massiv zugenommen.

Von Ihnen hängt es ab...

...ob wir unseren politischen Einsatz für die Schweiz fortsetzen und Ihnen weiterhin mit dieser Zeitung Informationen aus patriotischer Sicht vermitteln können. Wir sind auf jeden Abonnementsbeitrag und jede Spende sehr angewiesen, um die anfallenden Kosten decken und den Betrieb aufrechterhalten zu können. Herzlichen Dank im Voraus für Ihre Unterstützung!

Christoph Spiess, Co-Zentralpräsident

chien und die Slowakei wehren sich dagegen. Auch in der Schweiz führt der stärkere Zustrom zu immer grösseren finanziellen und sozialen Problemen.

Wir sollten das Schengen/Dublin-Abkommen kündigen, damit wir die Einwanderung im Asylwesen wieder selbst steuern können!

Wieder mehr Bootsflüchtlinge

Bei warmem Sommerwetter mit ruhiger See kommen wieder vermehrt überladene Boote mit Flüchtlingen über das Mittelmeer. Die Rettungsschiffe der «verantwortungslos-humanistischen» privaten Helfer und der Nichtregierungsorganisationen (NGO's) sind

Fortsetzung Seite 2

Die diesjährige 1.-August-Feier findet im Seehotel Hallwil in Beinwil am See im Kanton Aargau statt. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Wir freuen uns, auch Sie begrüßen zu dürfen (sämtliche Informationen auf Seite 5).

Verantwortungslose Asylpolitik des Bundesrates

Fortsetzung von Seite 1

stets zur Stelle, nur wenige See-meilen vor der libyschen Küste, um die Migranten zu «retten» und in das überforderte Italien zu bringen. Von Januar bis Ende Juni 2017 hat Italien erneut 80'000 Bootsflüchtlinge aufgenommen.

Für die skrupellosen Schlepper ist das ein Millionengeschäft, da sich nur vermögende Emigranten die horrenden Preise für eine Überfahrt leisten können. Es wird vermutet, dass private Hilfswerke und NGO's mit den geldgierigen Schleppern zusammenarbeiten.

Dies hat Vorteile für alle beteiligten Parteien. Die Hilfswerke sind ausgelastet und erhalten höhere Unterstützungsgelder. Zugleich kann unsere Asylindustrie ihren Personalbestand weiter aufstokken. Laut einem Geheimpapier der deutschen Sicherheitsbehörden warten momentan sechs Millionen Afrikaner an der Küste des Mittelmeeres auf eine Gelegenheit, nach Europa auszuwandern.

Hilfe vor Ort statt Migration

Weltweit möchten 60 Millionen Menschen in Europa Asyl beantragen. Das Problem der Einwanderung aus armen, bevölkerungsreichen Ländern wird sich somit in Zukunft immens verschärfen. Es sollten rechtzeitig Massnahmen getroffen werden, dies zu verhindern, wenn wir nicht in einem Chaos versinken wollen. Das Beste für Europa wäre, alle Schlepperboote mit Wirtschaftsflüchtlingen aus Afrika zurück zu ihrem Ausgangshafen zu begleiten. Australien hat dies bereits erfolgreich durchgeführt. Wenn diese Menschen nicht mehr automatisch an die südeuropäischen Küsten gebracht würden, hätten die Schlepper bald keine Kunden mehr.

Als Gegenmassnahme sollten die Flüchtlinge in den umliegenden Ländern ihrer Heimat in den UNO-Flüchtlingslagern untergebracht und betreut werden. Sobald sich die Lage in den Herkunftsstaaten wieder beruhigt hätte, könnten sie rascher zurückkehren.

Die Schweiz beteiligt sich bekanntlich bereits an den Kosten. Unseren Beitrag könnte man durchaus noch erhöhen. Dies wäre wesentlich vernünftiger und auch kostengünstiger, als alle in unser Land zu holen. Mit den gleichen



Die meisten Flüchtlinge beziehen Sozialhilfe und können kaum erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Geldbeträgen sollte man den wirklich bedürftigen und verfolgten Menschen gezielter vor Ort helfen. Leider wollen die wenigsten Migranten, die es bis zu uns schaffen, nach einem abgelehnten Asylgesuch oder als vorläufig Aufgenommene jemals wieder in ihre Heimat zurückkehren. Sie bleiben lieber für immer in der Schweiz und leben zu 72% von der Sozialhilfe.

Steigende Kosten und fehlende Arbeitsplätze

Es ist unverständlich, dass unsere Regierung immer noch mehr Asylanten, die zum grössten Teil Wirtschaftsmigranten sind, in unser kleines, dicht besiedeltes Land aufnimmt. Die Phrasen unserer Justizministerin Simonetta Sommaruga über Humanität, Solidarität und Pflicht gegenüber den Flüchtlingen aus Entwicklungsländern sind unrealistisch. Bereits jetzt ist die Zahl der Asylbewerber sehr hoch, sodass eine echte Integration kaum mehr möglich ist. Vielmehr kann die Entstehung von Parallelgesellschaften beobachtet werden.

Steigende Kosten für Integration, Krankenversicherung, Sozialhilfe, AHV und IV mit Ergänzungsleistungen sowie Weiterbildung und Sprachkurse belasten die Kantone und Gemeinden mit jährlich über einer Milliarde Franken, bezahlt von unseren Steuergeldern.

Es leben bereits 8'431'702 (8,4 Millionen) Menschen in der Schweiz, wobei das Bevölkerungswachstum nur der enormen Zuwanderung zu «verdanken» ist. Immer mehr Arbeitsplätze werden wegrationalisiert, viele zukünftige Stellen durch Roboter ersetzt und lediglich noch gut qualifizierte Ar-

beitnehmer eingestellt. Für Migranten ohne Ausbildung wird es immer weniger Stellenangebote geben, sodass viele lebenslanglich von der Sozialhilfe abhängig bleiben. Bei einem weiteren Bevölkerungszuwachs (in Bezug auf den Asylbereich) würde somit auch die Arbeitslosenquote ansteigen. Es stellt sich zudem die Frage, wie viele zusätzliche Einwohner unsere Umwelt verträgt. Wollen wir es zulassen, dass unser ganzes Mittelland zubetoniert wird? In diesem Zusammenhang wäre das neue Energiegesetz undurchführbar. Viele rot-grüne Vertreter glauben, es hätte genug Platz in der Schweiz, für mindestens zwölf Millionen Einwohner, dank verdichtetem Bauen. Das ist jedoch keine Lösung für dieses Problem.

Die Formel, je mehr Einwohner, desto mehr Umweltbelastung und Energieverbrauch, wird leider von den Grünen Parteien vollends verdrängt.

Asylwesen belastet Sozialhilfe

Schon heute hat jeder dritte Einwohner, gesamthaft 37% der Bevölkerung, einen Migrationshintergrund, bei den Kindern unter sechs Jahren sind es sogar 54%. Was passiert mit unserer schweizerischen Identität und Kultur? Werden wir als Volk in diesem internationalen Schmelztiegel untergehen?

285'756 Personen beziehen Sozialhilfe, davon 51% Ausländer, im Kanton Aargau sind es sogar 62%. Besonders bei den Asylanten ist ein starker Anstieg festzustellen. Während der letzten fünf Jahre hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Asylwesen verdoppelt.

20'130 Personen, ausschliesslich anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, leben von der Sozialhilfe, die Hälfte davon sind Eritreer, gefolgt von Tamilen, Syrern, Türken und Afghanen. Einige Gemeinden, beispielsweise Aarburg im Kanton Aargau, verarmen infolge der ständig steigenden Sozialhilfekosten. Der Bund bezahlt nur während der ersten fünf Jahre eine Pauschale von 1500 Franken pro Asylsuchender, danach müssen die Gemeinden alle weiteren Kosten vollumfänglich selbst übernehmen. Dies kann für viele Gemeinden kritisch werden.

Erfolgreiches Referendum gegen zusätzliche Asylkosten

Im Kanton Bern wurde am 21. Mai 2017 der Beschluss des Grossen Rates für einen Kredit von 105 zusätzlichen Asylmillionen für unbegleitete minderjährige Asylbewerber, für die Jahre 2016 bis 2019, vom Stimmvolk mit 54,3% abgelehnt. Die jugendlichen Asylsuchenden werden im Kanton Bern in separaten Asylunterkünften betreut. Dafür wird monatlich 5000 Franken pro Person ausgegeben. Das ist mehr, als viele Schweizer mit ihrer täglichen Arbeit verdienen oder von der AHV, der IV oder der Sozialhilfe erhalten. Eine solch grosszügige Asylpolitik schafft falsche Anreize und zieht noch mehr Wirtschaftsflüchtlinge aus armen Ländern an. Als Reaktion auf die verlorene Abstimmung forderte der Berner Regierungsrat umgehend einen Kredit von 12,7 Millionen Franken, da ein Teil der 105 Millionen schon ausgegeben wurde und der Leistungsvertrag mit einer Betreuerfirma erst Ende 2019 ausläuft. Das Berner Stimmvolk hat deutlich gezeigt, dass es nicht bereit ist, noch mehr Geld für das Asylwesen zu bewilligen. Hoffentlich werden andere Kantone diesem Beispiel folgen!

Der Bundesrat handelt höchst unverantwortlich gegenüber dem Schweizer Volk, wenn er weiterhin noch mehr Asylsuchende aufnimmt, die unserem Land nur enorme Kosten aufbürden. Die schweizerische Kultur und Identität verschwindet langsam und gerät zunehmend in Vergessenheit.

Die Schweiz verkäme zu einem Land mit vielen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Problemen, überbevölkert und mit zerstörter Umwelt. Wäre das noch eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder und Enkel? Wollen wir es so weit kommen lassen?

Die Schweiz in Liquidation?

Vor rund vier Jahrzehnten wagte ich im Nationalrat die Aussage, dass die zwei wichtigsten Berufsgattungen für die Existenz eines Staates die Bauern und die Angehörigen der Armee seien. Dafür erntete ich hämische Kritik vom damaligen Anführer der Sozialdemokraten, dem Basler Nationalrat Helmut Hubacher. Ungefähr zur gleichen Zeit schrieb ich einen Aufsatz zur politischen Bedeutung des schweizerischen Bundesstaates und bezeichnete das Ergebnis der oft schmerzvollen Entwicklung im Laufe der Jahrhunderte und insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert als äusserst glücklich. **Man müsste die föderalistische, subsidiär organisierte und direkt-demokratische Schweiz umgehend erfinden, gäbe es sie nicht.** Bezeichnenderweise wurde diese Aussage etwas später durch die seinerzeitige sozialdemokratische Bundesrätin Ruth Dreifuss mit folgender Bemerkung gekontert: «Es ist mir nicht wichtig, ob die Schweiz als selbstständiger Staat zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch existiert oder nicht.»

Landwirtschaft stark rückläufig

Dass sie unter Druck steht, kann mit wenigen Hinweisen verbindlich belegt werden: Der grüne Franken ist in den letzten 35 Jahren massiv abgewertet worden. **Konnte der Bauer im Jahr 1980 mit dem Ertrag von 25 Litern Milch (= 20 Franken) noch eine Handwerkerstunde bezahlen, so braucht er heute mindestens 100 Liter Milch (= 70 Franken), um die gleiche ausserbetriebliche Leistung abgelden zu können.** Trotz aller «Fortschritte» in Züchtung (von Pflanzen und Tieren) und Rationalisierung der Arbeit (Mechanisierung, Motorisierung) und trotz bedeutender Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen (= Direktzahlungen) ist das Einkommen der bäuerlichen Familien bis zu 20% und mehr hinter vergleichbaren Einkommen der übrigen Wirtschaft zurückgeblieben. Das Resultat ist bekannt.

In den letzten 25 Jahren ist die Zahl der Bauernbetriebe in unserem Land von über 90'000 auf rund 55'000 zurückgegangen. Das entspricht auch einem Verlust von rund 35'000 selbstständigen Arbeitsplätzen.

Im Jahr 1975 konnte man noch 133'000 Landwirtschaftsbetriebe zählen. Zwischen 1955 und 1975



Wie sieht die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft aus?! Seit Jahrzehnten wird Kulturland aufgehoben und Bauernbetriebe verschwinden.

nahm übrigens die Zahl der hauptberuflich in der Landwirtschaft tätigen Männer um 144'000 ab. Das Betriebssterben und die Vernichtung von Arbeitsplätzen gehen ziellos weiter. Niemand weiss, wann der «Gesund-schrumpfung», oder ist es eher eine «Tod-Schrumpfung», genug sein soll.

Agrarpolitik des Bundes – Unabhängigkeit aufgeben

Vor einem Jahr stellte ich in dieser Zeitung auf Grund der aktuellen bundesrätlichen Politik folgende Frage: **«Muss die bäuerliche Landwirtschaft sterben?»** Wenn man sieht, dass auch die Nachfolgerin von Bundesrat Joseph Deiss für landwirtschaftliche Freihandelsabkommen weibelt, ist die Antwort klar.

Der Bundesrat verfolgt weiterhin das strategische Ziel des Beitritts zur EU – und ein Beitritt brächte ganz klar die Liquidierung einer auf den Bedürfnissen des eigenen Volkes ausgerichteten Landwirtschaft.

Damit ist klar, dass über den politischen Weg – heute als Agrarpolitik 2011 in der Agenda des Bundesrates – die Liquidierung der bäuerlichen Landwirtschaft und damit der politisch selbstständigen Schweiz angestrebt wird. – Das ist eine Schiene! Auf einer zweiten Schiene – der Vernichtung des Kulturlandes – wird das gleiche Ziel angestrebt. **Nicht umsonst forderte schon die NA – als Vorläuferin der SD – im politischen Programm 1979–1983 den unbedingten Schutz des Kulturlandes und die Begrenzung der Gesamtfläche der Industrie-, Wohn- und Verkehrsbauten.** Beide Forderungen finden sich unverändert auch im politi-

schen Programm der SD 2003–2007. **Angesichts des Baubooms mit seinem ungebremsen Bodenverschleiss und der sehr starken Zuwanderung kommt diesen Forderungen höchste Aktualität zu.**

Verordneter Armeebau

Wir hatten eine bestens organisierte Verteidigungsarmee, die für jeden möglichen Angreifer ein ernstzunehmender Faktor bei seinen Machtspielen war. Dann kam der Zusammenbruch des sowjetischen Weltreiches; und damit die Notwendigkeit für die einzige übrig gebliebene Weltmacht – die USA – sich im Interesse der Konzerne und insbesondere der Rüstungsindustrie und der Ölgiganten neue Gegner zu schaffen. Die Welt war neu in Böse und Gute einzuteilen. **Die Guten waren und sind jene, die sich in einem Vasallenstatus im Dollarraum integrieren; die Bösen sind jene, die sich gestatten, ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen und den Wünschen Washingtons nicht ohne weiteres zu dienen.** Letzteren wird mit Vernichtung gedroht; Exempel wurden bereits statuiert. Aus nachvollziehbaren Gründen wurde die Schweiz umworben, **der «Partnership for Peace» beizutreten und die Armee zu einem Modul der US-dominierten Nato-Armee ab- respektive umzubauen.** Und dann kam Bundesrat Adolf Ogi, der vom gerissenen damaligen US-Präsidenten Bill Clinton als «guter Junge» bezeichnet wurde.

Bundesrat Ogi las die Wünsche für die Umsteuerung einer schlagkräftigen Verteidigungsarmee zu einem Mosaiksteinchen im «Great Game» der USA den Bossen in Washington von den Lippen ab.

Zahnlose Armee für fremde Zwecke

Nato-Tauglichkeit wurde als Ziel definiert; zu den Krisen gehen, da diese sonst zu uns kommen würden – als unser Weg verkauft. Und im Übrigen standen ja nur «Friedenseinsätze» im Ausland zur Diskussion; vorerst unbewaffnet – später aus der Not der Situation – bewaffnet.

Vorerst hatten nur Freiwillige Auslandsätze zu leisten, jetzt sollen bereits Durchdiener, bald auch WK-Soldaten, dafür verpflichtet werden können.

Die Teilnahme an Sandkastenspielen der Nato durch unsere Verantwortlichen des Generalstabes, sogar im eigenen Land, **sind heute bereits Usanz, bald auch die Übungen von Panzertruppen im Ausland.** Die Fliegertruppen haben es vorgemacht. Die Schweiz ist angeblich zu klein für eine moderne Armee.

Da stehen wir jetzt, die massiv abgespeckte Armee soll offenbar nur noch zur Bewachung von ausländischen Botschaften und Events der Mächtigen, als Hilfstruppen für Sportanlässe und bei Naturkatastrophen zur Unterstützung der Wehrdienste, eingesetzt werden.

Und einige wenige kampffähige kleine Verbände sind im Rahmen der «Partnership for Peace» für die Nato bereitzustellen. **Sind wir bereits zum Vasallen der USA geworden?**

Valentin Oehen,
e. Nationalrat, Nottwil

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe des «Schweizer Demokrat».

Poststellenschliessungen: «Service public» wird beerdigt

Bereits im vergangenen Herbst publizierten die Medien, dass die Konzernleitung der Post in absehbarer Zeit 500 bis 600 Filialen aufheben will. Dabei fällt vor allem die hohe Zahl an geplanten Schliessungen ins Gewicht. Während der Bestand bisher lediglich schrittweise reduziert wurde, **beabsichtigt man nun einen rigorosen Abbau des gesamten Poststellennetzes, sodass die Versorgung der Bevölkerung keinesfalls mehr gewährleistet ist.**

Die mancherorts eröffneten Agenturen, sogenannte Postfilialen, die in Dorf- oder Quartierläden integriert sind, stellen dabei kaum einen gleichwertigen Ersatz dar. **Diese dürfen beispielsweise keine Ein- und Auszahlungen vornehmen.**

Insbesondere die älteren Generationen mit begrenzten technischen Möglichkeiten benötigen in unmittelbarer Nähe eine Poststelle, zumal oftmals auch die Mobilität dieser Personen eingeschränkt ist.



Poststellen können niemals vollumfänglich durch Agenturen ersetzt werden.

Ländliche Gemeinden leiden besonders

Es besteht eine verfassungsmässige Verpflichtung, Randregionen angemessen mit Filialen zu versorgen. Stützt man sich auf die veröffentlichten Pläne, so würden unter anderem bevölkerungsarme ländliche Gebiete unter diesen Massenschliessungen leiden.

Das Verschwinden einer dorfeigenen Poststelle hilft indirekt auch mit, die wirtschaftlichen Strukturen mittelfristig herunterzufahren.

Deshalb befürworten die Schweizer Demokraten (SD) jeglichen Widerstand gegen Poststellenschliessungen. Zudem ist es unabdingbar, **dass die Post als bundeseigener Betrieb der Opposition aus den Gemeinden entsprechend Rechnung trägt.** Ansonsten wird der vielzitierte «Service public» tatsächlich endgültig beerdigt.

*Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern*

Ausländerkriminalität – wieder Skandal aus Bern

Im Artikel «Jugendkriminalität – Ein Viertel der Täter wird rückfällig» des «Badener Tagblattes» war zu lesen, **dass (wörtliches Zitat) «rund ein Viertel der minderjährigen Straftäter in den fünf Jahren nach Erreichen der Volljährigkeit erneut verurteilt werden» (Zitatende).** Das teilte das Bundesamt für Statistik mit. Dass es sich dabei nicht um eine Zufallszahl handelt, ist eindeutig ersichtlich. Für die Studie wurden Tausende Straftäter mit Jahrgang 1992 über einen längeren Zeitraum beobachtet. Der ganz sicher nicht ausländerfeindliche Strafrechtler Martin Killias (SP-Mitglied) sagte in einem Interview in der «Nordwestschweiz» (ebenfalls wörtlich: «Die Rückfallquote dürfte bedeutend höher liegen als die in der Studie ausgewiesenen 25 Prozent, wenn man die gesamte Bevölkerung betrachtet. **Das Bundesamt für Statistik hatte nämlich bloss das Verhalten von in der Schweiz geborenen Schweizer Staatsangehörigen analysiert – und Ausländer aussen vorgelas-**

sen.» Wie erwähnt, dieses Zitat stammt (wörtlich) von einem SP-Mitglied! **Die Realität – bezogen nur auf die Ausländer – würde also mit Sicherheit noch viel schlimmer aussehen.** Meine Wortwahl im Titel «Skandal aus Bern» ist also keinesfalls übertrieben.

Wieder einmal völlig falsch verstandener «Schutz» von kriminellen Ausländern.

Mächtiges Wanner-Imperium

Das ist für das «Badener Tagblatt» seit jeher typisch – nur keine Silbe erwähnen, was die «verfolgten» Ausländer betrifft. Das Schlimme daran ist, dass das Peter-Wanner-Imperium (ehemals nur «Badener Tagblatt») heute folgenden Umfang hat: Die Zeitung «Nordwestschweiz» reicht als Tageszeitung von Schlieren (Kanton Zürich) bis nach Grenchen (ca. 10 Kilometer von Biel entfernt). Dazu kommt unter anderem in der Stadt Bern und im Kanton Baselland je eine



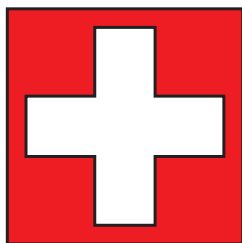
Das Bundesamt für Statistik hat in seiner Studie ausländische Jugendliche aussen vor gelassen. Auf diese Weise werden Fakten verfälscht.

Tageszeitung. Zudem gehören Radio Argovia, Tele M1, TeleZüri und TeleBärn zur Wanner-Gruppe. Ob inzwischen noch weitere Medien-

angebote hinzugekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Eine Begrenzung der Zuwanderung kann nur mit einem restriktiven Innländervorrang, strikten Kontingenten und einer Kündigung der Personenfreizügigkeit umgesetzt werden.



1.-August-Feier 2017 der Schweizer Demokraten



**Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt
im Seehotel Hallwil, Seestrasse 79, Beinwil am See (AG)**

Programm:

- ab 11.00 Uhr **Musikalischer Auftakt**
11.05 Uhr **Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland»**
Begrüssung durch Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern
- 11.15 Uhr **Referat zum Thema «Gesellschaftszerstörer am Werk»**
Referent: **lic. iur. Christoph Spiess, Co-Präsident SD Schweiz, Zürich**
- 12.00 Uhr **Mittagessen** – Menü: Vorspeise: Aargauer Rüeblisuppe mit etwas Orange, Hauptspeise: Rinds-Fleischvogel geschmort Tessinerart, Grossmuetter-Hörnli und buntes Mix-Gemüse, Dessert: Seetaler Süssmostcrème mit Apfelschnitz.
Kosten: Fr. 25.50
- 13.15 Uhr **Kurzansprache in französischer Sprache durch Dr. Michel Dupont, Co-Präsident SD Schweiz, Pully**
- 13.45 Uhr **Hauptansprache zum Nationalfeiertag.** Referentin: **Margrit Neukomm, Vizepräsidentin SD Schweiz, Bern**
- 14.45 Uhr **Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Trittst im Morgenrot daher»**
- ca. 15.00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Für Vegetarier und Veganer besteht die Möglichkeit, eine andere Hauptspeise auszuwählen.

Wichtig: Eine Anmeldung ist nicht notwendig! Dieser Anlass wird bei jeder Witterung durchgeführt.

Anfahrt: Die Anreise **mit dem Zug** ist problemlos. Ab Zürich Hbhf. und Bern alle 30 Minuten bis Lenzburg, dann umsteigen auf die S9 (Regionalzug Richtung Luzern) bis Beinwil am See. Ab Luzern alle 30 Minuten direkt bis Beinwil am See. Das Seehotel Hallwil liegt 15 Gehminuten vom Bahnhof entfernt und befindet sich neben der Anlegestelle für den Schiffsverkehr.

Mit dem Auto die Autobahnausfahrt Aarau-Ost benützen und über Seon und Birrwil nach Beinwil am See. Von Luzern aus über Eschenbach und Hochdorf bis Beinwil am See. Parkplätze sind direkt beim Restaurant genügend vorhanden.

Für dringende Rückfragen zur SD-Feier: Telefon 031 974 20 10 (Zentralsekretariat) oder 079 764 70 83 (Natel Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär)

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD Stadt Bern: Höck (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.



Luzern-Innerschweiz: Höck im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am Mittwoch, 30. August 2017, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Hirschen», Rorschacherstr. 109, St. Gallen. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Wil und Umgebung: Stamm am Mittwoch, 16. August 2017, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Fass», Hubstrasse 27, Wil. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Rechts-Links-Schema blockiert wahren Umweltschutz

Die von der Publizistik, praktisch allen Journalisten und vielen Politikern betriebene Aufspaltung in rechte und linke politische Bestrebungen verhindert einen wirksamen Umweltschutz; denn einen Schutz der Umwelt im ökologischen Sinne kann es nur geben, wenn die menschliche Bevölkerung in einem gegebenen Territorium zahlenmässig höchstens konstant bleibt und nicht wächst. **Sonst führen die Lebensbedürfnisse der vielen Menschen unweigerlich zu einer Beeinträchtigung und zum endgültigen Verbrauch der vorhandenen Lebensressourcen.** Das Geschwätz der Mitteparteien ist dabei bedeutungslos. Es gibt nämlich kaum welche.

Betrachten wir die Schweiz isoliert, so gibt es keine einzige politische Partei mehr, die im nationalen Parlament sitzt und für eine systematische zahlenmässige Beschränkung der Einwohnerzahl des zuständigen Territoriums Schweiz eintritt.

Ein Rechter wird die Personalrekrutierung aus dem Ausland im Falle einer Stellenvakanz mit grosser Wahrscheinlichkeit immer befürworten respektive fordern. Etwas anderes wäre ja ein Verzicht auf Wirtschaftswachstum, welches angeblich ein Segen sei, weil es eine allgemeine Aufwertung unseres Lebensstandards bewirkt. Dies führt unweigerlich zu einer ständigen Bevölkerungsmehrung.

Ein überzeugter Linker würde nach Möglichkeit jedenfalls einen Arbeitslosen aus dem Ausland holen oder einwandern lassen, selbst auf die Gefahr hin, dass er ohne Arbeit bleiben könnte; denn er wäre von Mitleidgefühlen beherrscht, und Arbeitslose im Ausland gibt es immer.

Auch dies führt zu Bevölkerungswachstum. Eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums gilt nie als «links», immer nur als «rechts». Das Ganze ist aber sinnlos.

Diffamierende Bezeichnungen statt sachliche Auseinandersetzung

Die Politik differenziert; Massenerwanderungen ohne Begrenzung sind utopisch und verhindern einen menschlichen Lebensstil. **Da bei gibt es verschiedene Grenzen: Nationale Grenzen, Grenzen des**



Ohne Begrenzung des Bevölkerungswachstums sind sämtliche Massnahmen zum Schutz der Umwelt wirkungslos. Die Überbauung der Landreserven nimmt kein Ende.

Eigentums; im Tierreich Revierverhalten, eine stammesgeschichtliche ethologische «Erfindung», die vor Übervölkerung bei Tieren schützt. Genaueres geht eher in Beschimpfungen über: «Rechte (ohne Beiwort)», «Rechts-extreme» oder «Ultrarechte». Einwanderungskritische Parteien sind «Neonazis», «Faschisten», «Rassisten», «Ausländerhasser», «Fremdenfeinde oder -hasser», «Xenophobe», «Populisten», «Wutbürger», «Pegida» usw.

Rechte (ohne Beiwort) haben nichts zu tun mit Umweltschutz, der übrigens nicht nur aus Klimawandel besteht; denn sie sind wirtschaftsfreundlich, treten somit für Wirtschaftswachstum ein, auch durch Einwanderung, was bei gegebener Grösse des erfassten Territoriums ohnehin umweltschädlich ist.

Leute, die sich für eine Welt einsetzen, welche noch über genügend ungenutzte natürliche Lebensräume zur gesundheitlichen Erholung verfügt, sind deswegen nur konsequent, wenn sie sich sowohl gegen ein unendliches Wachstum der menschlichen Bevölkerung wenden als auch gleichzeitig die übrigen Umweltschutzmassnahmen befürworten. Das tun nach vielen Theorien weder angebliche Linke noch Rechte (ohne Beiwort)!

Überbevölkerung hat gesundheitliche Folgen

Eine Bevölkerungsverdichtung im Übermass ist gesundheitlich nicht etwa harmlos, obschon sie von der medizinischen Fachpresse beinahe vollends totgeschwiegen wird. Das Thema ist politisch heikel; aber nicht nur Arme, Hungerige, Obdachlose, Verfolgte usw. sind ein Problem, auch von Übervölkerung

Bedrängte. Während früher die Verbreitung infektiöser Krankheiten Probleme erzeugte, stehen heute psychiatrische Folgen im Vordergrund: **Ausbreitung von Kriminalität, Terrorismus, mehr Drogensüchtige, Neurotiker oder Persönlichkeitsgestörte.** **Deren Zahl erhöht sich parallel zur Vergrösserung der Bevölkerungsdichte.** Auch neue Diagnosen tauchen auf: «Burnout», ADHS (oder ADHD, Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) usw.

Natürlich gab es Neurosen oder psychogene Depressionen bereits früher. Sie sind aber häufiger geworden! Nicht etwa nur die Klimaerwärmung ist das Problem.

Begrenzung der Zuwanderung – oberste Priorität

In einer Ausgabe der Zeitung Weltwoche ist ein sehr interessanter Ar-

tikel des deutschen Journalisten Wolfgang Koydl erschienen. Darin werden nicht nur der neue US-Präsident Donald Trump, sondern auch die Präsidentin des französischen «Front National», Marine Le Pen, und der niederländische Politiker Geert Wilders in Schutz genommen. Bezeichnenderweise erwähnt der Verfasser den in London wohnhaften anglo-indischen Mischling Pankaj Mishra ebenfalls. **Auch er ist für Umweltschutz. Allerdings kann man seiner Verniedlichung der heutigen Massenmigration nicht beipflichten.**

Im Allgemeinen wäre vor allem ein Hauptziel anzustreben. Man sollte die internationale Flüchtlingskonvention revidieren. Sämtliche Staaten, die bereits überbevölkert sind, dürfen nicht weiter gezwungen werden, zusätzliche Einwanderer aufzunehmen.

Ansonsten besteht nur die Aussicht, die Reserve an möglichem Bevölkerungswachstum weltweit zu vergrössern. Zurzeit wird diese denkbare Reserve leider ziemlich rasch aufgebraucht! Betrachten wir die Schweiz isoliert, **so hat sich deren Bevölkerung seit Ende des Zweiten Weltkrieges einwanderungsbedingt mehr als verdoppelt! Es kann unmöglich in dieser Weise weitergehen.**

Dr. med. Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat, Facharzt FMH für Psychiatrie, Dübendorf

Literaturnachweis: Wolfgang Koydl, Weltwoche, Ausgabe Nr. 7 vom 16. Februar 2017, Seiten 38–40

Wer wird neuer Bundesrat?

Über den Nachfolger von Bundesrat Didier Burkhalter wird eifrig diskutiert. Soll es ein Tessiner, Glarner, Schaffhauser oder Westschweizer sein?

Im Prinzip darf die Herkunft als Wahlkriterium für den Bundesrat keine gewichtige Bedeutung haben.

Viel wesentlicher ist, **dass er schweizerische Werte vertritt sowie ausländischen Begehrlichkeiten und Einmischungen Paroli bietet.** Auch müsste er versuchen, der Flüchtlingswelle Einhalt zu gebieten und zwar trotz Protesten

der um ihre Existenzgrundlage kämpfenden Asyllobby. **Sonst haben wir in einigen Jahren afrikanische Verhältnisse.** Nicht wenige dieser sogenannten Flüchtlinge wollen nämlich samt Anhang und Nachwuchs auf unsere Kosten bis an ihr Lebensende in der Schweiz bleiben.

Die gegenwärtige Situation mit den Flüchtlingen in Deutschland sollte dem neuen Bundesrat und seinen zukünftigen Kollegen zu denken geben.

Otto Weiersmüller, Utikon



9 février 2014: Abandon et tromperie

Comme nous le savons toutes et tous, l'Initiative contre l'immigration de masse a été acceptée par le peuple et les cantons le 9 février 2014. **Ce tournant dans la politique migratoire est une merveilleuse victoire de notre peuple, en particulier des «petits» et même de la classe moyenne.** En d'autres termes, de celles et ceux que l'on écoute pas et qui subissent le plus durement les conséquences de la «libre circulation» et de l'immigration extra-européenne massive imposée à notre pays.

Dorénavant, le principe de la préférence nationale est consacré dans la Constitution fédérale, plus précisément à son nouvel article 121a.

Face à un tel progrès, les mauvais perdants ont évidemment refusé leur défaite, en adoptant une double stratégie. **D'un côté, ils ont tenté d'édulcorer au maximum l'initiative en faisant adopter des dispositions d'application qui la privent de sa substance.** D'un autre côté, ils ont lancé une initiative, intitulée «Rasa», tendant à l'abrogation pure et simple de l'initiative contre l'immigration de masse, ce procédé étant en quelque sorte une roue de secours au cas où, malgré tous leurs efforts, la procédure parlementaire s'avérerait moins profitable que prévu. Le résultat dépasse leurs espérances, jusqu'à rendre inutile l'initiative dirigée contre notre victoire du 9 février 2014. Examinons les choses plus en détail, même si le sujet est un peu technique, nous en convenons.

Le 16 décembre 2016, soit dans le délai de trois ans prévu par le nouvel article 121a de la Constitution fédérale, les Chambres ont modifié la loi sur les étrangers, prétendument pour intégrer les acquis de l'initiative. Il n'y aura pas de votation référendaire. La loi entrera donc en vigueur.

On espérait que tout Suisse puisse saisir une autorité indépendante (le cas échéant un tribunal) pour faire valoir sa priorité à l'embauche contre tout étranger, surtout extra-Européen.

On espérait que les ressortissants d'Etats tiers soient (enfin) privés par principe du droit de travailler, hormis quelques rares exceptions¹; on espérait que la clause de sauvegarde unilatérale prévue par l'Accord sur la libre circulation soit activée²; on espérait que des plafonds et contingents annuels soient instaurés, comme ils l'avaient été peu avant la votation du 7 juin 1970 sur notre première initiative contre l'emprise étrangère; **on espérait que les employeurs soient astreints à l'obligation de déclarer l'ensemble des embauches, déjà au stade de l'annonce préalable; on espérait une répression plus rigoureuse des infractions à la loi fédérale sur les étrangers; on espérait une limitation des naturalisations pour éviter que des étrangers ne tentent de profiter indûment de l'initiative.**

Rien de tout cela ne s'est produit. Jugez plutôt: La notion, pourtant essentielle, de préférence nationale prévue par l'article 121a de la Constitution fédérale a été remplacée par celle de «travailleurs en Suisse». Cette nouvelle notion découle de l'expression manipulatrice de «préférence indigène» dont on nous a babinés dès le début de la gestation de la nouvelle loi, pour préparer le terrain sur le plan sémantique. C'est fouler aux pieds la volonté populaire; on n'insistera jamais assez sur le pouvoir des mots³. **Car le critère de distinction n'est pas entre «travailleurs en Suisse» et main d'œuvre extérieure, mais entre Suisses et étrangers.**

Cet évident mépris de la volonté populaire aura pour effet que nos compatriotes resteront soumis à la concurrence de la main d'œuvre étrangère résidente, qui elle-même sera (à égalité avec les Suisses) privilégiée par rapport à la main d'œuvre extérieure.

Ce non-sens revient à nier la notion même de nationalité, qui est pourtant le fondement de notre ordre juridique et l'essence de l'identité des personnes.

Mais ce n'est pas tout. La nouvelle loi prévoit en effet que sont égale-

ment «considérés comme travailleurs en Suisse» les étrangers admis à titre provisoire et les personnes auxquelles une protection provisoire a été octroyée et qui sont titulaires d'une autorisation d'exercer une activité lucrative. Or, les personnes admises provisoirement comme réfugiés ont le droit d'exercer une activité lucrative en vertu de la loi sur l'asile, **tout comme les réfugiés reconnus; les requérants disposent aussi de ce droit sous certaines conditions.**

En plaçant désormais les personnes relevant de l'asile sur pied d'égalité de par la loi avec nos compatriotes, les mauvais perdants ont réussi à transformer notre victoire du 9 février 2014 en nouveaux privilèges pour leur clientèle.

Cette manœuvre a pour effet de «verrouiller» les privilèges en question en supprimant la distinction entre asile et immigration économique.

Les résultats ne se sont pas fait attendre: Avec un empressement peu commun, le Conseil fédéral a décidé, le 18 décembre 2015 (soit une année avant la nouvelle loi!), **de «lancer un programme pilote quadriennal d'apprentissage destiné aux réfugiés, qui mise sur le principe éprouvé de l'apprentissage professionnel suisse».** Selon l'Exécutif, «le but de ce programme est d'accélérer l'entrée des réfugiés reconnus et des personnes admises à titre provisoire dans le monde du travail», pour «mieux exploiter le potentiel de ces travailleurs et réduire leur dépendance de l'aide sociale».

Nous aurions souhaité autant de compréhension en faveur de nos compatriotes les plus vulnérables, en difficulté d'insertion professionnelle après un parcours de vie parfois difficile.

Le Conseil fédéral prévoit en outre de répartir les requérants d'asile selon des critères linguistiques pour favoriser leur (future) intégration professionnelle, dès leur arrivée en Suisse. **Comme si l'on ne savait pas que ces individus ont pour habitude d'envoyer de l'argent dans leur pays pour faire venir de nouveaux migrants.**

Cela a pour effet d'alimenter les réseaux de passeurs, donc le crime organisé, en créant un afflux perpétuel.

Il est donc absurde de soutenir que des privilèges en matière d'intégration professionnelle en faveur des personnes relevant de l'asile auront pour effet de réduire le nombre de bénéficiaires d'aide sociale, dès lors qu'il y a une immigration continue alimentée par les versements faits par les migrants depuis la Suisse vers l'étranger et que les nouveaux arrivants bénéficient systématiquement de prestations d'assistance pour une durée plus ou moins longue.


Margaritha Vernay, présidente des DS Vaud, Remaufens

Deuxième partie figure dans le prochain numéro.

¹ Des situations particulières, comme celle de Nestlé dans le canton de Vaud, doivent effectivement être prises en compte à cet égard.

² C'est ce que propose l'une des options du projet d'initiative populaire soumis à l'assemblée des délégués de l'UDC réunie à Lausen (BL) le 24 juin 2017. Le plus simple pour ce parti (et pour l'ASIN) aurait pourtant été de faire campagne pour le NON aux Accords bilatéraux lors de la campagne de la votation populaire du 21 mai 2000.

³ Cette guerre sémantique concerne du reste également d'autres sujets politiques: voir à ce sujet le récent article du président de notre parti, Christoph Spiess (*Krieg der Wörter, Schweizer Demokrat 9/10 2016*).

**1er AOÛT: les Démocrates Suisses vous invitent à célébrer la Fête nationale dans le «Seehotel Hallwil» à Beinwil am See (canton d'Argovie). Venez nombreux! (voir détails en page 5)**

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver, SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat / e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

Keine politischen Rechte für Ausländer im Kanton Solothurn:

SD erleichtert über Entscheid

Die Schweizer Demokraten (SD) sind erleichtert über den ablehnenden Entscheid des Solothurner Kantonsrates zum Stimm- und Wahlrecht für Ausländer. Das Mitbestimmungsrecht hätte nur für die kommunale Ebene gegolten. Dabei wäre die entsprechende Einführung den Gemeinden selbst überlassen worden. Mit dieser Regelung wollte man Ausländer, die gerade einmal seit fünf Jahren in der Schweiz leben (Ausweis C), mit politischen Rechten ausstatten. **Bei solchen Personen besteht je-**

doch kein Beweis einer gesellschaftlichen Integration. Diese findet bei den hohen Ausländeranteilen, vor allem in städtischen Gebieten, ohnehin nicht automatisch statt.

Ein Stimm- und Wahlrecht sollte lediglich bei erfolgter Einbürgerung erteilt werden. Hierbei stellen die im Einbürgerungsprozess geprüften Kriterien die Grundlage für eine erfolgreiche Integration dar.

Mit politischen Rechten für Ausländer würden allerdings Parallelgesellschaften gefördert, was eine Gefährdung von allgemein anerkannten hiesigen Werten zur Folge hätte (beispielsweise die unbestrittene verfassungsmässige Gleichstellung von Mann und Frau). **Letztlich ist diese Forderung eine ewige Zwängerei der Internationalisten («no borders, no nations»), welche den Nationalstaat überwinden wollen.**

Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Die Schweizer Demokraten (SD) laden Sie ein
zur diesjährigen traditionellen 1.-August-Feier
im Seehotel Hallwil in Beinwil am See.
Es ist keine Anmeldung erforderlich.
Wir freuen uns, auch Sie begrüßen zu dürfen
(sämtliche Informationen auf Seite 5).



* * * * *

Talon bitte einsenden an:

**Schweizer Demokraten (SD), Postfach, 3001 Bern
oder mailen an schweizer-demokraten@bluewin.ch**

* * * * *

Ich melde folgende Adresse für ein Probeabonnement:

Name/Vorname: _____

Strasse/Hausnummer: _____

Postleitzahl/Wohnort: _____

Meine Adresse: _____

Ich habe weitere Vorschläge und Bemerkungen zur besseren Finanzierung unserer Partei:

Absender: Name/Vorname/Ort/Unterschrift: _____

* * * * *